Nummer 45 | Stuttgart, 6. November 1926 | 44. Jahrgang

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Wöchentlich 50 Pfennig, Einzelnummer 15 Pfennig
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Berlin S. 14 — Postscheckkonto Stuttgart Nr. 6803

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer
Schriftleitung und Versandstelle: Stuttgart, Rötestraße 16
Fernsprecher S.-A. 628 41

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

Robert Dißmann ist tot

Am Morgen des 1. November erreicht uns im Hauptbüro des Verbandes ein Telegramm des Norddeutschen Lloyd, daß unser lieber Freund und Kampfgenosse, unser Vorsitzender ROBERT DISSMANN während der Überfahrt von Amerika auf dem Dampfer Columbus am Herzschlag verschieden ist. Über die näheren Einzelheiten des Todes wissen wir noch nichts. So müssen wir uns für diese Nummer der Zeitung, die zum Teil schon gedruckt ist, mit der unsagbar schmerzlichen und schier unfaßbaren Todesnachricht begnügen.

Vorstand des DMV

Freihandelskundgebung und Weltwirtschaftskonferenz

Die Kundgebung der Vertreter des privatkapitalistischen Unternehmertums und der Hochfinanz für Welthandelsfreiheit hat in den einzelnen Ländern ein höchst merkwürdiges Echo ausgelöst. Von den 191 Unterzeichnern der Kundgebung waren 185 aus fast allen Ländern Europas, 6 aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Kaum war die Kundgebung in den einzelnen Ländern bekannt geworden, als auch sofort die Schutzzollgeister ihre Gegenkräfte einsetzten. Zunächst zogen Vertreter aus Frankreich ihre Unterschriften von der Kundgebung in aller Form öffentlich zurück. Dann berief der Präsident der Vereinigten Staaten, Coolidge, den Staatssekretär Mellon ins Weiße Haus, beriet mit ihm die Kundgebung, um alsdann der Welt zu verkünden, daß sie die Kundgebung für die Vereinigten Staaten von Nordamerika ablehnen, für Europa aber sehr wertvoll hielten. Amerika habe viel höhere Löhne als Europa, die sofort sinken würden, wenn durch zollfreien Welthandel die europäische Konkurrenz auf den amerikanischen Markt dringen könnte. Die europäischen Länder hingegen hätten ungefähr gleiche Lohnverhältnisse, infolgedessen kämen hier die Richtlinien der Kundgebung in Betracht. Diese Erklärung ist nur insofern richtig, als Europa mit seiner Vielstaaterei am ehesten Ursache hat, sich zuerst der zollpolitischen Fesseln zu entledigen, die Lohnverhältnisse aber sind auch hier sehr verschieden, wie ein Vergleich der Löhne in England mit denen in Deutschland und anderen Ländern deutlich erweist.

Die Gegner des Freihandels haben jedoch dieser Kundgebung gegenüber ein leichtes Spiel. Man bedenke doch: Vertreter der privatkapitalistischen Wirtschaft protestieren gegen ihre eigene Schutzzollpolitik und fordern die Wiedereinführung der Handelsfreiheit, die sie bislang in ihren Heimatländern aufs schärfste bekämpft haben.

Die Londoner Kundgebung enthielt in vorsichtiger Abtönung eine durchaus richtige Kennzeichnung der Gefahren, die der Weltwirtschaft durch die Schutzzollpolitik drohen. Man könne nicht ohne Bedenken ansehen, in welchem Ausmaß Tarifbarrieren und Verbote seit dem Kriege sich in den internationalen Handel einzuschieben und seinen natürlichen Ablauf zu behindern vermochten. In keinem Zeitabschnitt der neueren Geschichte habe es der Welthandel notwendiger als jetzt gehabt, von solchen Einengungen frei zu sein. Der Zusammenbruch von großen politischen Gebietseinheiten in Europa sei für den internationalen Handel ein schwerer Schlag. Während ein Staat seine billige Nahrungsversorgung verlor, habe der andere seine Belieferung mit billigen Waren eingebüßt. Hinter den Zollmauern der einzelnen Länder seien ohne wirkliche ökonomische Grundlagen neue Lokalindustrien gegründet worden, die infolge des Wettbewerbs nur dadurch am Leben erhalten werden konnten, weil die Zollmauern noch höher wuchsen. Die Preise seien dadurch allgemein gestiegen. Eine künstliche Teuerung sei hervorgerufen worden. Europa und die Welt könnten sich nicht erholen, ehe sich die Politiker in allen Ländern nicht darüber klar geworden seien, daß Handel kein Krieg ist, sondern ein Austauschprozeß, und daß in Zeiten des Friedens unsere Nachbarn unsere Kunden sind und daß ihr Wohlstand eine Vorbedingung für unser eigenes Wohlergehen ist. Beschränkung der Einfuhr bringe auch Beschränkung der Ausfuhr. Das bedeute die Verarmung Europas. Handelsfreiheit sei die beste Möglichkeit, Handel und Kredit in der Welt wieder herzustellen, das Daniederliegen der Weltwirtschaft zu beheben.

So weit die Kundgebung. Schade nur, daß die darin zutage getretene Anschauung so spät kommt. In den Gewerkschaften ist sie von jeher Gemeingut gewesen. Mit ihr haben die Wortführer unserer Sache im Reichstag und Reichswirtschaftsrat gegen die kapitalistische Schutzzollpolitik gekämpft. Als in den Nachkriegsjahren eine hochschutzzöllnerische Bewegung durch die Welt ging und sogar alte Freihandelsländer mit fortriß, hat auch der Internationale Gewerkschaftsbund eingegriffen durch einen Aufruf.

Erfolglos war dieser Aufruf nicht. Die Gewerkschaften haben in allen Ländern die Schutzzollpolitik bekämpft und die Zollfreiheit der internationalen Verkehrswege gefordert. Allmählich hat sich die Richtigkeit dieser Ansicht durchgerungen. Aus dem Widersinn der Schutzzollpolitik ist auch der Gedanke auf Einberufung einer Weltwirtschaftskonferenz entstanden. Der Völkerbund und das Internationale Arbeitsamt nahmen diesen Gedanken auf, setzten einen Ausschuß für die Vorbereitung ein und stellten die Einberufung der Konferenz für Frühjahr 1927 in Aussicht. Den wichtigsten Gegenstand ihrer Tagesordnung sollte das Problem des Welthandels bilden. Insofern ist die Londoner Kundgebung als Auftakt für die Weltwirtschaftskonferenz zu betrachten. Der Vorbereitende Ausschuß hat eine Kommission mit der Aufgabe betraut, das ganze Fragengebiet des Welthandels und der Weltmärkte zu untersuchen und aufzuhellen.

So wertvoll die Londoner Kundgebung zur Klärung der heftig umstrittenen Handelspolitik für die Weltwirtschaftskonferenz hätte sein können, so wenig wird sie dort vermutlich Beachtung finden, weil in London offenbar recht unbeholfen zu Werke gegangen worden ist. Wie anders wäre sonst das nachträgliche Zurückziehen der Unterschriften eines Teiles der Unterzeichner erklärlich? Statt Einmütigkeit der Kundgeber, wie sie nach den Veröffentlichungen der Namensunterschriften vorhanden zu sein schien, sind unter ihnen selbst die Leidenschaften erneut entzündet. Größere Uneinigkeit nach der Kundgebung als vorher, Katzbalgerei statt einheitliche Wirtschafts- und Handelspolitik. Das ist in der Tat eine verhängnisvolle Sache. Wo stecken die Wurzeln dieses tollen Schauspiels? Nun, man kann eben nicht zugleich im eigenen Lande Schutzzöllner und in der Weltwirtschaft Freihändler sein. An diesem inneren Widerspruch krankt die Kundgebung des Unternehmertums. Die Sache ist also durch die Londoner Kundgebung keinen Schritt seiner Lösung nähergebracht worden.

So bleibt der Weltwirtschaftskonferenz die Aufgabe vorbehalten, Mittel und Wege zu zeigen, die zum Abbau der Zollmauern zunächst in Europa, darüber hinaus aber zum zollfreien Welthandel führen. Wir wollen uns nicht täuschen, auch sie wird nur allgemeine Richtlinien geben können. Denn sie ist keine gesetzgebende Körperschaft und hat keinerlei Machtbefugnisse. Aber sie ist vom Völkerbund berufen, ist sein Werkzeug, und man kann ihre Beschlüsse weniger leicht in den Wind schlagen. Auf der Weltwirtschaftskonferenz werden auch nicht wie in London nur Vertreter des privatkapitalistischen Unternehmertums zugegen sein, sondern auch Vertreter der Gewerkschaften aller Länder, Politiker und Staatsmänner. Ohne Mitwirkung dieser Kräfte, besonders ohne die staatspolitische Mitwirkung ist die Freiheit aller internationalen Verkehrswege nicht zu erreichen. Im Kampfe um die Gestaltung der autonomen Zolltarife der einzelnen Länder und ferner in der Kleinarbeit für den Abbau der Zollsätze bei den Handelsvertragsverhandlungen der Staaten untereinander sind die besten Vorarbeiten für das große Ziel der Welthandelsfreiheit zu leisten.

Wilhelm Eggert.

Neues vom Vogel Strauß

In Sachen der Erwerbslosenunterstützung haben am 21. Oktober im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstags drei Minister Reden gehalten, die einer vollkommenen Bankrottansage gleichkommen. Am wichtigsten ist die Äußerung des Arbeitsministers Dr. Brauns, nicht nur wegen seiner unmittelbaren Zuständigkeit, sondern auch weil es eine vorher mit der gesamten Reichsregierung vereinbarte Erklärung war, die er vom Blatt vorlas. Danach ist die Regierung „der Überzeugung, daß mit einer weiteren schrittweisen Besserung des Arbeitsmarktes zu rechnen ist.“ Und zwar hat sie diese Überzeugung gewonnen „auf Grund nochmaliger Prüfung aller wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Belebung des Arbeitsmarktes.“

Die logische Folgerung aus einer solchen Überzeugung ist natürlich die, daß nichts Wesentliches mehr getan zu werden braucht. Und darauf läuft denn auch die von Herrn Dr. Brauns vorgelesene Erklärung hinaus. Sie lehnt ab eine Verlängerung der Unterstützungsdauer über 52 Wochen hinaus; sie lehnt ab eine allgemeine Erhöhung der Unterstützungssätze (hierbei macht sie sich sogar die nicht gerade appetitliche Behauptung mancher Unternehmer zu eigen, „daß in durchaus nicht seltenen Fällen die heutigen Unterstützungssätze bereits die Löhne übersteigen oder sehr nahe an sie heranreichen“ (was, wenn es wahr wäre, nur beweisen würde, wie erbärmlich niedrig die Löhne sind); sie behält bei die sogenannte Prüfung der Bedürftigkeit, was praktisch bedeutet, daß keineswegs alle Erwerbslosen die Unterstützung kriegen. Natürlich hat dieselbe Regierung nichts dagegen, daß die Unternehmer sich soeben in ihrem neuen Stahlkartell eine Prämie von 2 Dollar je Tonne fürs Nichtarbeiten ausgesetzt haben. Und auch dagegen hat sie nichts, daß (wie der „Freie Angestellte“ am 13. Oktober bekannt gab) heute in nicht seltenen Fällen einige Direktoren von Aktiengesellschaften mehr an Gehältern beziehen, als die gesamte kaufmännische Angestelltenschaft der Gesellschaft. Fürs Nichtarbeiten sich bezahlen lassen, das ist eine schwere sittliche Verfehlung — natürlich nur bei den Proleten. Alles, was die Regierung jetzt noch tun will, ist, „soweit das irgendwie angängig, zusätzliche Arbeitsgelegenheit schaffen und finanzschwachen Gemeinden bei der Unterstützung der Ausgesteuerten hie und da ein wenig unter die Arme greifen.“ Allenfalls will sie auch einzelnen Schichten der Erwerbslosen, insbesondere den Alleinstehenden unter 21 Jahren, ein wenig mehr als bisher zukommen lassen. Dagegen erklärt sie sogar die Frage, wie den älteren Arbeitern und Angestellten geholfen werden kann, für „noch nicht spruchreif“.

Das ist alles. Und es ist absolut nichts, wie wir unseren Lesern nicht noch einmal zu beweisen brauchen; zumal denen nicht, die selbst die Erwerbslosigkeit auskosten müssen. Dieses Nichtstun begründet die Regierung, wie gesagt, mit ihrer Überzeugung, daß der Arbeitsmarkt sich weiter schrittweis bessern wird. Woher mag sie diese Überzeugung geschöpft haben? Sicherlich aus der Tatsache, daß die allgemeine Geschäftslage sich gebessert hat und daß die Statistik seit dem 1. März einen ununterbrochenen Rückgang der Arbeitslosigkeit aufweist. Am 1. März bekamen im Deutschen Reich 2 056 000 Personen eine Erwerbslosenunterstützung, am 1. Oktober nur noch 1 395 000. Warum soll das nicht so weitergehen? Zwar, wenn mans recht überlegt, wäre die Lage auch dann noch trostlos und müßte der Regierung Anlaß zu tatkräftigstem Eingreifen geben. In sieben Monaten sind — wir wollen einmal die Logik der Regierung als richtig annehmen — 661 000 Personen in Beschäftigung gebracht worden. Wenn es genau so weitergeht, dann würden am 1. Mai nächsten Jahres immer noch 734 000 arbeitslos sein!

Nun aber ist ja die Statistik, aus der die Regierung ihre Hoffnungseligkeit herleitet, ganz unvollständig und deshalb falsch. Wir haben das oft nachgewiesen, aber vielleicht hat es mehr Gewicht, wenn ein Mann in Amt und Würden es sagt. Am 23. Oktober erschien in der Frankfurter Zeitung ein Aufsatz des dortigen Magistratsrats Dr. Michel, worin mit dürren Worten zu lesen steht, daß in der amtlichen Statistik erstens die Ausgesteuerten fehlen, deren Zahl „im Laufe dieses Sommers stetig gewachsen“ ist, und daß darüber hinaus zweitens noch diejenigen fehlen, die aus sonstigen Gründen keine Unterstützung kriegen, zum Beispiel weil sie vorher in keiner versicherungspflichtigen Beschäftigung standen. Es ist also sehr voreilig, aus der Zahl der Unterstützungsempfänger ohne weiteres auf die Zahl der Arbeitslosen zu schließen. In vollem Gegensatz zur Regierung hält es Herr Dr. Michels für sicher, daß im kommenden Winter die Zahl der Ausgesteuerten wachsen wird. Er hält es sogar für eine besonders günstige Annahme, daß nur ein Viertel der jetzt Unterstützten ausgesteuert wird, und weist nach, daß selbst dann schon die sogenannte „Wohlfahrtspflege“ (der die Ausgesteuerten zufallen) finanziell zusammenbrechen wird. Es ist auch zu beachten, daß schon im vergangenen Sommer die Abnahme der Unterstützten keineswegs überall in Deutschland gleichmäßig erfolgt ist. Zumal in den Großstädten ist zum Teil überhaupt keine Abnahme, zum Teil sogar eine Zunahme eingetreten. Zum Beispiel gab es Unterstützungsempfänger:

	15. Febr.	15. Sept.	auf 1000 Einwohner 15. Febr.	15. Sept.
Dortmund . . .	15900	15000	49,8	46,9
Frankfurt a. M. .	17300	18000	87,7	89,3
Plauen i. V. . .	7900	8300	71,6	75,4
Breslau	21300	23600	38,5	42,7
Stuttgart. . . .	6100	8600	18,1	25,4
Berlin	175900	185800	44,7	47,3

Hätte sich die „nochmalige Prüfung“ der Reichsregierung nicht nur auf die bisher ergriffenen Maßnahmen beschränkt, sondern auf alle Umstände erstreckt, welche die Lage des Arbeitsmarktes beeinflussen, so wäre sie nicht zu der offenbar falschen Überzeugung gelangt, der Arbeitsmarkt werde sich — gewissermaßen von selbst — schrittweise weiter bessern. Sie hätte dann auch an die fortschreitende Rationalisierung gedacht, die dauernd neue Erwerbslose schafft. Sie hätte erwogen, daß, sobald der Winter Ernst macht, viele Saisonarbeiten aufhören. Sie hätte nicht übersehen, daß das neue internationale Stahlkartell eine Einschränkung der Stahlproduktion vorschreibt, was wieder soundsoviel Arbeiter auf die Straße setzen wird. Kurzum, angesichts der Tatsachen kann man die Auslassungen der Regierung nur als eine Vogel-Strauß-Politik werten: Da sie schlechterdings nicht weiß, was sie gegenüber dem Medusenhaupt der ungeheuren Arbeitslosigkeit tun soll, steckt sie den Kopf in den Sand, will nichts sehen und sucht sich und uns krampfhaft einzureden, der Arbeitsmarkt werde sich „schrittweise bessern“.

Ibykus.

Durchleuchtung der deutschen Wirtschaft

Die Wirtschaft hat national und international eine große Umwälzung erfahren. Doch fehlt es noch immer an richtigen Maßstäben, die zur Beurteilung des in den letzten zwölf Jahren erfolgten Wandels dienen können. Deshalb das aufrichtige Bemühen der Praxis und der Wissenschaft, die Wirtschaft von heute in ihrem Bestande, Umfang und Entwicklungsmöglichkeiten kennen zu lernen. So sahen wir, daß von mehreren Seiten, vom Reichstag, Reichswirtschaftsrat und vom Verein für Sozialpolitik genaue Unterlagen gewünscht wurden, die nur durch außergewöhnliche Erhebungen zu beschaffen sind. Die Regierung konnte sich diesem Drängen nach einer umfassenden Wirtschaftsuntersuchung nicht entgegenstellen und so kam es zu dem Gesetze zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft. Die in Vorbereitung befindliche Weltwirtschaftskonferenz zeigt, daß man auch international nach neuen Grundlagen sucht, um zu einem vollständigen Überblick zu gelangen.

Die deutsche Geschichte zeigt kein Beispiel, wo ein Maßstab für die Bedeutung und Auswirkung einer solchen umfassenden Wirtschaftserforschung anzulegen wäre. Die bisherigen Untersuchungen umfaßten entweder nur Teilgebiete oder wurden nur sehr oberflächlich geführt. Industrie, Handel und Gewerbe waren keineswegs geneigt, solche Untersuchungen zu unterstützen, im Gegenteil, man bereitete ihnen Schwierigkeiten, wo es nur ging. Erhebungen größerer Art

wurden veranstaltet anläßlich des Zolltarifs 1879. Die Reichsenquete über die Zuckerindustrie folgte in den achtziger Jahren. Eine Kommission für Arbeiterstatistik wurde 1892 errichtet, die später im Beirat für Arbeiterstatistik in gewisser Beziehung fortgesetzt wurde. Zur Erforschung der Verhältnisse an der Effektenbörse wurde 1892 eine Börsenenquete veranstaltet. Umfassender als all dies waren die kontradiktorischen Verhandlungen über deutsche Kartelle, die vom Jahre 1902 bis 1905 gepflogen wurden. Eine Bankenquete folgte im Jahre 1908. Nach dem Kriege war es die Sozialisierungskommission, die ähnliche, wenn auch viel umfassendere Untersuchungen beabsichtigte. Was aber soeben an Untersuchungen aufgezählt wurde, ist nicht im entferntesten zu vergleichen mit der großen Wirtschaftsuntersuchung, die vor zwei Monaten in Angriff genommen wurde.

Andere Länder haben in dieser Beziehung ganz andere Ergebnisse aufzuweisen, vor allem Amerika und England. Dort wurde die Durchleuchtung der ganzen Wirtschaft zu verschiedenen Malen vorgenommen. Hierbei mag daran erinnert werden, daß der deutsche Reichstag erst seit der Umwälzung ein Untersuchungsrecht hat, während beispielsweise das englische Parlament ein solches seit langem besaß und zu handhaben wußte. Neben den Parlamentsausschüssen, den sogenannten Select Committees, sind des öfteren in England Untersuchungsausschüsse in Tätigkeit getreten, die von der Regierung ernannt waren und unter dem Namen Royal Commission bekannt geworden sind. Der deutsche Ausschuß hat mit der englischen Royal Commission einige verwandte Züge.

Der deutsche Untersuchungsausschuß wurde auf Grund des Gesetzes von 15. April 1926 von der Reichsregierung ernannt. Die Regierung hat ihrerseits das Recht, 9 Mitglieder des Ausschusses zu bestimmen, der Reichstag kann 11 und der Reichswirtschaftsrat 9 Mitglieder vorschlagen. Außerdem kann der Ausschuß weitere 6 Mitglieder wählen. Die gleiche Zahl Ersatzmitglieder sind vorhanden. Die Mitglieder des Ausschusses besitzen die Immunität der Reichstagsabgeordneten. Der Vorsitzende wurde ebenfalls nach Verständigung mit den Gruppen von der Regierung bestimmt. Er gilt als Beauftragter, nicht als Vertreter der Regierung. Mit diesem wichtigen Amt wurde das Präsidialmitglied des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Herr Rechtsanwalt Lammers betraut. Stimmrecht besitzt der Vorsitzende nicht. Aber sonst verfügt er über ganz einschneidende Befugnisse. Für jeden deutschen Staatsbürger besteht die Verpflichtung, ein Gutachten zu erstatten und sonstige Aussagen zu machen, die der Ausschuß für erforderlich hält. Der Vorsitzende hat das ausschließliche und nicht übertragbare Recht, die Auskunfts- und Gutachtenpflicht zwangsweise durchzuführen. Hingegen kann er das ihm innewohnende Recht der eidlichen Vernehmung auf andere Mitglieder des Ausschusses übertragen.

Die Aufgaben des Ausschusses sind sehr groß. Wenn schon die englischen Untersuchungsausschüsse, obwohl sie längst nicht so umfassend gedacht sind, mehrere Jahre brauchten, um ihre Aufgabe zu erledigen, so darf man mit einer längeren Zeit der Durchführung der Untersuchung rechnen. Dies wird einem klar, wenn man sich den Aufgabenkreis der Untersuchung vor Augen hält. Dieser soll wiederum durch Untersuchungsausschüsse bewältigt werden. Solche sind in folgender Zahl und Zweckbestimmung vorgesehen: 1. Allgemeine Wirtschaftsstruktur; 2. Landwirtschaft; 3. Gewerbe (Industrie, Handel und Handwerk); 4. Arbeitsleistung (Wirkung von Arbeitszeit und Arbeitslohn auf die Arbeitsleistung); 5. Geld- und Kreditwesen.

Jeder Unterausschuß für sich ist eine große Unternehmung. Das wird noch klarer, wenn man beispielsweise den Ausschuß 3 betrachtet. Dieser hat sich wiederum in folgende Arbeitsgruppen geteilt: Kohlenwirtschaft, Elektrizität, Eisenindustrie, Holzwirtschaft, Baustoffwirtschaft, Kaliindustrie, Textilindustrie, Handwerk und Handel. Von besonderer Bedeutung für die Gewerkschaftsbewegung ist der Ausschuß 4, der die Arbeitszeit, Arbeitsleistung, den Arbeitslohn und deren Beziehungen zueinander untersuchen soll. Der 2. Vorsitzende dieses Ausschusses ist der Genosse F. Tarnow, Vorsitzender des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Für den Gewerkschaftskampf ist die Untersuchung von größter Bedeutung. Sie untersucht den Boden, auf dem die Gewerkschaften zu wirken berufen sind; sie hilft, die Erkenntnis vom deutschen Wirtschaftsleben zu vertiefen. Durch die Auswertung des durch sie geschaffenen Materials kann Klarheit über die Erfolgsmöglichkeiten geschaffen werden, wo jetzt nur dunkle Begriffe vorhanden sind. Unsere Kenntnisse vom Wirtschaftsleben sind nicht groß genug, um die sich jetzt vollziehende gewaltige Umstellung der deutschen Wirtschaft in allen Einzelheiten zu übersehen. Die gegenwärtige Erhebung kann hier das Mittel werden, diesen Prozeß mit kritischem Blick zu durchdringen. Tüchtige Gewerkschaftskollegen arbeiten im Ausschuß mit. Und die Gewerkschaftsverbände im allgemeinen werden mit der Heranschaffung von Material und sonstigem ihre Hilfe nicht versagen. Das ist ja überhaupt der große Vorteil, daß entgegen allen früheren Versuchen die Arbeiterschaft als Sauerteig mitten dazwischen sitzt, Rede und Antwort verlangen kann und ihre Macht einzusetzen vermag, damit die große Durchleuchtung der Wirtschaft nicht ausläuft wie das Hornberger Schießen.

Lohnbewegung u. Lohndauer der Tarife

Seit Ende 1925 bis Mitte September 1926

Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände bringt eine Aufstellung, der wir folgendes entnehmen:

Von 279 registrierten Lohntarifverträgen mit 4 279 000 Arbeitern bestehen seit Ende 1925 für 2 485 873 Arbeiter = 58,11 vH die Löhne unverändert fort, und zwar

a) in 169 Fällen mit 1 841 350 Arbeitern = 43,04 vH im Wege freier Vereinbarung oder angenommener Schiedssprüche;

b) in 21 Fällen mit 644 523 Arbeitern = 15,07 vH im Wege von Zwangstarifen, die das Weiterbestehen der bisherigen Löhne anordnen.

In 17 Fällen mit 287 685 Arbeitern = 6,73 vH ist eine Herabsetzung der Löhne erfolgt, und zwar

a) in 16 Fällen mit 277 685 Arbeitern = 6,49 vH durch freie Vereinbarung bezw. angenommenen Schiedsspruch;

b) in einem Falle für 10 000 Arbeiter = 0,24 vH durch Verbindlicherklärung lohnherabsetzender Schiedssprüche.

In 21 Fällen mit 1 044 889 Arbeitern = 24,42 vH hat eine Lohnerhöhung stattgefunden, und zwar

a) in 16 Fällen für 155 879 Arbeiter = 3,64 vH durch Vereinbarung bezw. angenommenen Schiedsspruch;

b) in 5 Fällen für 889 010 Arbeiter = 20,78 vH durch Verbindlicherklärung.

In 51 Fällen mit 459 553 Arbeitern = 10,74 vH besteht zurzeit tarifloser Zustand, wobei zum Teil ein Bild über Lohnänderungen nicht zu gewinnen ist; es dürfte jedoch zu vermuten sein, daß überwiegend eine Fortdauer der bisherigen Löhne erfolgt ist.

Aus der obigen Zusammenstellung ergibt sich, daß einem Lohnabbau in 17 Fällen für 287 685 Arbeiter = 6,73 vH eine durch staatlichen Zwang erfolgte Verlängerung der Lohntarife in 21 Fällen für 644 523 Arbeiter = 15,07 vH gegenübersteht.

Der Lohnabbau in den 17 Fällen bezieht sich hauptsächlich auf das Baugewerbe und die Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie. Im übrigen handelt es sich um kleinere Betriebe, die wegen ihrer verhältnismäßig kleinen Arbeiterzahl nur wenig in Erscheinung treten.

Die Lohnerhöhungen in den 21 Fällen mit 1 044 889 Arbeitern = 24,42 vH beziehen sich hauptsächlich auf die Reichsbahn und den Zechenverband, für die die Erhöhungen durch verbindlichen Schiedsspruch, und auf die rübenverarbeitende Zuckerindustrie, für die die Lohnerhöhung für die Zeit der Kampagne im Wege der Vereinbarung festgesetzt wurde.

Bei den Lohntarifen, die seit Ende 1925 unverändert fortbestehen, ist zu unterscheiden zwischen solchen

a) mit bestimmter Laufdauer,

b) die bis auf weiteres laufen.

Zu a): Von den Tarifen mit bestimmter Dauer laufen:

2	Tarife mit	50 786	Arbeitern	= 2,04 vH	12	Monate
5	„ „	56 026	„	= 2,25 „	13	„
8	„ „	66 097	„	= 2,66 „	14	„
5	„ „	45 876	„	= 1,85 „	14½	„
10	„ „	392 454	„	= 15,79 „	15	„
4	„ „	74 085	„	= 2,98 „	16	„
6	„ „	74 667	„	= 3,00 „	17	„
9	„ „	227 776	„	= 9,17 „	18	„
2	„ „	63 112	„	= 2,55 „	18½	„
4	„ „	85 089	„	= 3,42 „	19	„
2	„ „	17 668	„	= 0,71 „	22	„
52	Tarife mit	1 153 938	Arbeitern	= 46,42 vH		

Aus der obigen Aufstellung ergibt sich für die seit Ende 1925 unverändert fortbestehenden Lohntarife mit bestimmter Laufdauer eine Durchschnittslaufdauer von 16,3 Monaten.

Zu b): Von den bis auf weiteres laufenden Tarifen bestehen bereits:

11	Tarife mit	96 441	Arbeitern	= 3,88 vH	seit 9½	Monaten
10	„ „	255 264	„	= 10,27 „	„ 10½	„
3	„ „	16 694	„	= 0,67 „	„ 11	„
18	„ „	106 574	„	= 4,29 „	„ 11½	„
9	„ „	59 162	„	= 2,38 „	„ 12	„
17	„ „	132 933	„	= 5,35 „	„ 12½	„
7	„ „	18 210	„	= 0,73 „	„ 13	„
12	„ „	60 428	„	= 2,43 „	„ 13½	„
7	„ „	74 396	„	= 2,99 „	„ 14	„
20	„ „	413 965	„	= 16,66 „	„ 14½	„
9	„ „	11 238	„	= 0,45 „	„ 15½	„
5	„ „	49 340	„	= 1,98 „	„ 16½	„
5	„ „	31 590	„	= 1,27 „	„ 17½	„
5	„ „	5 700	„	= 0,23 „	„ 18½	„
138	Tarife mit	1 331 935	Arbeitern	= 53,58 vH		

Seit Ende 1925 bestehen also unverändert fort 190 Tarife mit 2 485 873 Arbeitern = 100 vH; hiervon haben

52 Tarife mit 1 153 938 Arbeitern = 46,42 vH eine feste Laufdauer,
138 „ „ 1 331 935 „ = 53,58 „ laufen bis auf weiteres

Obwohl eine gewisse Einseitigkeit deutlich sichtbar ist, bietet diese Aufstellung ein gutes Gesamtbild.

Anderthalb Millionen vergraben

Auch ein Zeichen für unsere „geniale" Wirtschaftsführung

Aus der Kölnischen Zeitung vom 20. Oktober ist zu entnehmen, daß vor dem Schöffengericht in Aachen über einen gar seltsamen Diebstahl bei der Weltfirma Prym, Stolberg, verhandelt wurde. Das Kölnische Unternehmerblatt, das sonst immer wirtschaftliche und ähnliche Betrachtungen anstellt, wenn es sich um einen Diebstahl in einem Unternehmen handelt, hält diesmal merkwürdigerweise die Kürze für den bessern Teil. Man wird das gleich verständlich finden.

Die Klagesache offenbart, daß 1923, also zur Zeit der schlimmsten Inflation, die Firma Prym trotz Devisenverbot mit einigen vertrauten Personen ihres Werks 1,6 Millionen in ihren Waldungen vergraben hat. 80 Zinkkästen wurden benötigt, um deutsche und ausländische Goldmünzen in genanntem Wert unterzubringen. Dies wurde mit Kenntnis oder vielleicht auch unter Aufsicht des Firmeninhabers gemacht, der nämliche, der seinem Syndikus und auch anderen Leitern seines Werks die Anweisung gab, den Arbeitern und Angestellten zu erzählen, daß auch die geringste Erhöhung der (schlechten) Löhne den Ruin bringen würde. Diese Ansicht wurde besonders von dem Syndikus der Firma vertreten, der sogar versuchte, den Arbeitern den Tarifvertrag streitig zu machen, wie die vielen Klagen am Gewerbegericht in Stolberg gegen die Firma beweisen. Einige Getreue der Firma Prym, die von den Vergrabungen wußten, haben von der vergrabenen Summe 160 000 M entwendet. Wie uns Kundige versichern, hätte man denen, die die 160 000 Emmchen entwendeten, sogar noch Tausende als Schweigegeld obendrein gegeben, wenn sie mit der Höhe des angebotenen Betrages zufrieden gewesen wären. Es wäre dann vielleicht die ganze Angelegenheit überhaupt nicht an die Öffentlichkeit gekommen und hätte der Staat auch seine Steuern nicht erhalten.

Die Getreuen indessen, denen das Schweigegeld wohl als Prämie für den Diebstahl gemacht wurde, kannten den Inhalt der Prymschen Kassenschränke besser, und sie gaben sich mit dem angebotenen Betrag nicht zufrieden. Es erfolgte darauf Bezahlung der hinterzogenen Steuer (man hat sich mit der Steuerbehörde auseinandergesetzt) und dann die Anzeige des Diebstahls. Das Ergebnis der Gerichtsverhandlung ist, daß für den Diebstahl einige Monate Gefängnis oder Geldstrafen erkannt wurden, die Firma wegen der Vergrabung der 1,6 Millionen aber frei ausging, weil in Anbetracht der Aufhebung des Gesetzes über den Verkehr mit Devisen nicht mehr gegen die Firma vorgegangen werden könne. Nett, nicht wahr?

Ende 1924 wurden die Ausgrabungen nach der ersten Angabe des Firmeninhabers von 1,4 Millionen, nach der zweiten Angabe von 1,6 Millionen vorgenommen. Einen Zinkkasten mit 20 000 M fand man nach Angabe des Firmeninhabers überhaupt nicht wieder. 160 000 M waren gestohlen, obendrein wollte man noch etliche braune Lappen als Schweigegeld spenden. Sonach war zu jener Zeit bei der Firma Prym Geld in Fülle vorhanden. Trotzdem versuchte sie damals mit allen möglichen Begründungen Lohnabzüge und Entlassungen vorzunehmen. Wie die Angaben der Firmenvertreter über die wirtschaftliche Lage des Betriebes usw. zu bewerten waren, wurde auch schon bei einer angemeldeten Stillegungsverhandlung festgestellt. Damals stellte sich heraus, daß die Angaben über die Verhältnisse der Firma den Tatsachen nicht entsprachen und daher Entlassungen und Abzüge nicht gerechtfertigt erschienen. Wohl hörten wir durch die Gerichtsverhandlung von einer Nachzahlung der hinterzogenen Steuer, aber an eine Nachzahlung der Löhne, die auf Grund der falschen Begründung niedrig gehalten, ja gekürzt wurden, denkt die Firma nicht im entferntesten.

Nach Angabe des Firmeninhabers hat man die Vergrabungen der ungeheuren Summen aus — Angst vor dem Bolschewismus vorgenommen. Von Bolschewismus in Stolberg aber hat wohl nur der Firmeninhaber von Prym etwas wahrgenommen, sonst kein Mensch. Tatsache ist jedoch, daß zu jener Zeit Arbeiter und Angestellte auf Grund ihrer überaus mißlichen Lage auf Lohnerhöhung drängten. Es wurden daraufhin Lohnverhandlungen mit der Firma herbeigeführt. Sie lehnte jedoch jede Aufbesserung ab, vergrub aber das Geld im Walde.

Deshalb, Arbeiter, sucht durch einen starken Zusammenschluß im Metallarbeiter-Verband eure Rechte zu wahren, damit solchen unerhörten Vorkommnissen ein Ende bereitet werden kann.

Ein Rationalisierungsopfer

Bei der Firma Tütenfisch sollte rationalisiert werden. Schwer und lang war die Beratung. Plötzlich erhob sich der Generalrationalisierungsdirektor von seinem Klubsessel und sprach die inhaltsschweren Worte: „Wir brauchen Zettel!" Und die Herren Ober-, Unter-, Mittel- und Nebendirektoren standen wie ein Mann auf und riefen: „Wir brauchen Zettel!" Es wurde der Oberprivatsekretär beauftragt, dem Bürovorsteher mitzuteilen, daß der Einkaufschef seinen Kontoristen veranlassen solle, die nötigen Zettel aufzutreiben. Vorerst nur zehn Millionen Stück. Das reizende Tippfräulein Amanda mußte ihren spannenden Roman unterbrechen und einen langen Schreibebrief verfassen. Die Papierfabriken machten Überstunden, in den Druckereien liefen die Maschinen Tag und Nacht, endlich waren die Zettel fertig. Bedruckt, gebändelt und gebündelt. Lastautos brachten sie vor das Bürogebäude, darin auf blanken Büroessen die Herren Zettelchefs saßen und darüber wachten, daß der Haupt- mit den Nebenzetteln und dem dazu gehörigen Kontrollzettel in den richtigen Kasten käme. Dann ging es los.

Jeder Meister bekam einen neuen Federhalter, zweihundert spitzige Stahlfedern — Marke Unverwüstlich —, ein mächtiges Tintenfaß und zwei Löcher. Während sonst morgens die Schlosser gleich an ihre Arbeit gingen, mußten sie jetzt erst hin und sich einen Schock Zettel holen. Für jeden Bolzen, jedes Schraubchen einen. Lange Schlangen sammelten sich vor der Bude, darin der Meister saß und fieberhaft Zettel auf Zettel schrieb. Immer größer wurde der Andrang, ein Ordner mußte angestellt werden, der den Verkehr regelte.

Als der Schlosser Aloys seinen Hammerstiel abgab, nahm er erst rührenden Abschied von seinen Kollegen, steckte sechs Butterbrote und eine Kaffeeflasche zu sich und machte sich auf, die Zettelschlange zu durchqueren. Die trauernden Hinterbliebenen warten heute noch auf seine Wiederkehr.

Der Meister machte jetzt Überstunden. Bis in die späte Nacht schrieb er bei der Lampe Scheine. Morgens in grauer Frühe hockte er schon da, schrieb und schrieb. Da kam das Monatsende und mit ihm der Lohnschluß. Den spärlichen Lohn, den sie neben dem Zettelholen noch verdient hatten, rechneten die Arbeiter aus, aber bei dem Meister war nicht anzukommen. Hoch um sein Pult lagerten die Papierstapel. Die verzweifelten Arbeiter warfen kurzerhand ihre Lohn-, Akkord-, Material-, Ausschuß- und Zulagezettel auf den hohen Haufen und gingen wieder an den Schraubstock. Nach drei Tagen fiel es auf, daß der Meister nicht mehr aus seiner Bude herauskam. Die Tür mußte erbrochen werden. Furchtbare Papiermassen stürzten den Eintretenden entgegen. Unter der Flut der roten, grünen und blauen Zettel vergraben fand man den Meister tot an seinem Pulte. Die Rechte umklammerte fest die stumpfgeschriebene Feder. Mit letzter Kraft hatte er sich selbst noch einen Abmeldezettel geschrieben.

Ehre seinem Andenken! Er starb als Opfer seines Berufs. Rührende Worte sprach der Generalrationalisierungsdirektor am Grabe des Verschiedenen.

OSA.

Der Konsumverein Rostock veröffentlichte im vorigen Jahre ein Inserat, in dem er mitteilte, daß von der Reichsregierung festgestellt worden sei, daß die Konsumvereine im Durchschnitt um 5 vH billiger seien als der Kleinhandel. Daraufhin wurde der Verein wegen — unlauteren Wettbewerb verklagt. Jetzt erhielt der Verein vom Ersten Staatsanwalt den Bescheid, daß das Verfahren eingestellt sei.

Nordamerika im europäischen Urteil

(Schluß.)

Im vorigen Aufsatz ist hervorgehoben worden, daß es jetzt nicht mehr die Politik Nordamerikas, sondern fast ausschließlich seine Wirtschaft ist, das die Wißbegierde reizt. Der Wandel des Forschungsgegenstandes hat einen Wandel in der Berufsart der Forscher nach sich gezogen. Heute sind es hauptsächlich Industrielle, Wirtschaftspolitiker und Gewerkschafter, die studienhalber zu Onkel Sam fahren. Von der Größe ihrer Zahl wie von dem Ertrag ihres Forschens zeugt ein erklecklicher Berg von Büchern und Zeitungsaufsätzen. Darunter befinden sich prächtige Beweisstücke für die Beflissenheit in der schwierigen Kunst des Schreibens und Beschreibens. Hierfür sei — nur immer nur in deutscher Sprache erschienene Schriften angeführt — auf das Buch Feiers Amerika—Europa verwiesen, das einem vorkommt wie eine Sammlung flott geschriebener Leitaufsätze. Beim Lesen dieses Buches wird offenbar, daß heute eher noch mehr als vor nun bald hundert Jahren das Wort de Tocquevilles zutrifft, daß man „in Amerika mehr sieht als Amerika". Unter der Masse dieser neuen Bücher über Nordamerika befinden sich auch solche, die den Drang atmen, den Sand der nordamerikanischen Wirtschaftsdinge aufzufangen und gründlich zu erkunden. In dieser Art zählen neben manchem andern Das Rätsel hoher Löhne der Ingenieure Aufhäuser und Lloyd (Verlag Vieweg & Sohn, Braunschweig), wovon hier schon ausführlich (Nr. 20 der „AZ") gesprochen wurde, und schließlich die Amerikareise deutscher Gewerkschaftsführer. Neben den ernsten und gründlichen Büchern laufen auch solche, die nicht viel mehr als bekannte Zahlen und Angaben enthalten. Wenn man nichts anderes zu berichten wußte, hätte man die Reise besser sparen. Im World Almanac und in dem American Economic Life von Lagrock-Munro-Snyder ist alles und noch einiges mehr zu finden, was diese Art von Amerikaforschern vorträgt.

Was von Unternehmerseite an Berichten in die Öffentlichkeit gedrungen ist, ist im Unterrichtenden wie im Kritischen kaum mehr als Durchschnittsware. Während ein bürgerlicher Volkswirtschafter in den Vereinigten Staaten wirtschaftswunderliche Sachen fand, finden Industrielle dort alles ganz natürlich. Gewiß sei die Ergiebigkeit der industriellen Arbeit wie die Wirtschaftsblüte von Nordamerika nicht zu bestreiten, allein das habe ganz natürliche Ursachen, nämlich Billigkeit der Rohstoffe, mächtiges Absatzgebiet, außergewöhnlich hohe Massenkaufkraft und schärfere Anspannung der menschlichen Arbeitskraft. Was es mit der Natürlichkeit dieser Ursachen auf sich hat, ist schon wiederholt dargelegt worden.

Das mächtige Absatzgebiet wie die hohe Massenkaufkraft sind nicht Ursachen, sondern Folgen der Wirtschaftsblüte oder, richtiger, die Folgen einer bessern wirtschaftlichen Einsicht des Unternehmertums, die sich in Zahlung hoher Löhne und niedriger Preise ausdrückt. Das große Absatzgebiet und die starke innere Massenkaufkraft können wir auch haben: es braucht bei uns bloß mit den Schutzzollmauern, der Lebensmittelschieberei und dem Preiswucher abgefahren zu werden. Die Behauptung von der schärferen Anspannung der Arbeiter in Nordamerika ist schon alt. Um der Sache auf den Grund zu gehen, habe ich in verschiedenen Trustwerken, die wegen ihrer Hast berüchtigt waren, geschafft. Und was ich da fand, haben jetzt verschiedene sachkundige Besucher gleichfalls gefunden, nämlich daß, allgemein gesprochen, in Nordamerika eher gemütlicher, bestimmt aber nicht strenger gearbeitet wird als bei uns. Das ist schon darum einleuchtend, weil auch im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten die Arbeiter immer noch Zeit zum Atmen haben müssen. Jedenfalls hat die nordamerikanische Industrie gegenüber unserer keine natürlichen Vorteile voraus; sie mag in diesem oder jenem Punkte günstiger gestellt sein, dafür aber ist es unsere Industrie in anderer Hinsicht.

Schon die beispiellose Wirtschaftsblüte und der Streit über ihre Ursachen machten es notwendig, daß das Wirtschaftsleben Nordamerikas von der Arbeiterschaft erkundet wurde, von Leuten, die ihre heimischen Verhältnisse gründlich kennen, damit sie zu Vergleichen zwischen hüben und drüben befähigt sind. Gewiß sind auch die Berichte der Volkswirtschafter, Ingenieure und Industriellen wertvoll; sie können indessen nur ein unzulängliches Bild von dem Stande der Dinge geben, weil diese Beobachter, wie ganz natürlich, von ihrem, vom bürgerlichen Standpunkte aus, also mehr von oben als von unten betrachten. Bekanntlich aber sieht eine Sache von unten meist ganz anders aus als von oben. Es können daher die Betrachtungen bürgerlicher Fachleute erst dann auf ihre Richtigkeit geprüft werden, wenn die nämliche Sache auch von unten, von der Arbeiterseite gesehen ist. Aus dieser Erwägung heraus ist es zu begrüßen, daß im vorigen Herbst eine Abordnung deutscher Gewerkschafter zum Studium der Wirtschaftsverhältnisse nach den Vereinigten Staaten reiste. Das Ergebnis ihres Forschens liegt in dem Buche Amerikareise deutscher Gewerkschaftsführer (Verlag Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Berlin S 14) vor.

In den vier Kapiteln wird Nordamerikas Wirtschaft, sein soziales Leben, seine Gewerkschaftsbewegung mit den Arbeiterbanken behandelt. Das erste Kapitel, das von den Ursachen der Wirtschaftsblüte, der Ergiebigkeit der industriellen Arbeit sowie von der Rationalisierung und Normung der Warenerzeugung spricht, wird den deutschen Arbeiter zunächst fesseln, weil er hier Klarheit über verschiedene ihm sehr nahegehenden Streitfragen zu finden hofft und findet. Was diese Schilderung, die den Kollegen Kurt Heinig zum Verfasser hat, überaus wertvoll macht, ist, daß sie mit der Kenntnis der deutschen Verhältnisse geschrieben wurde, so daß sie im Grunde eine vergleichende Betrachtung der Verhältnisse von hüben und drüben darstellt. Die Neigung, hier auf die Darstellung weiter einzugehen, verbietet sich durch die Fülle des Stoffes wie der Gleichwichtigkeit der behandelten Fragen. Schade, daß das Lesen und Verstehen gerade bei dem tagwichtigsten Teil des Buches durch allzuviele Fremdworte erschwert wird. Es ist zu befürchten, daß sich die Arbeiterleser, für die das Buch doch wohl bestimmt ist, Wortreihen wie „Tendenz zu quantitativer Maximalintensierung", „Organisation der optimalen Produktivität", „Verschwendungskoeffizient der Produktion" und ähnliche mehr selbst mit ein paar Fremdwörterbüchern nicht v-

Die Bedeutung des Betriebsrats

Von Betriebsratsmitglied J. Fischer

Die große geschichtliche Bedeutung des Betriebsrats liegt darin, daß er als gesetzliches Organ der Arbeiterschaft mit dem Rechte ausgestattet ist, auf die Betriebsleitung einzuwirken. Dadurch ist für die Arbeiterschaft die Möglichkeit geschaffen, in den Mechanismus der kapitalistischen Wirtschaft einzudringen und mitzubestimmen über die Verwendung der Produktionsmittel und der Produkte. Dies ist äußerst wichtig besonders in der jetzigen Zeit, der Zeit der Zusammenlegung der Betriebe und der Rationalisierung. Diese technische wie organisatorische Umwandlung der heutigen Warenerzeugung stellt den Betriebsräten, den Vertretungen der Belegschaften, gewaltige Aufgaben, deren Lösung nicht ernst genug genommen werden kann.

Die beiden wichtigsten Heersäulen der Arbeiterbewegung waren vor dem Kriege die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei. Die Aufgabe der freien Gewerkschaften war es, durch Verbesserung der Arbeitsbedingungen und des gewerblichen Arbeiterschutzes sowie durch Steigerung der Löhne die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft zu heben. Den Hauptanteil der Aufklärungsarbeit im Sinne der sozialistischen Gedankenwelt und den Kampf in den Parlamenten leistete und führte die Partei. Für sie wie für die Gewerkschaften war die nächstliegende Aufgabe, aus der Masse der Unorganisierten immer neue Kämpfer zu gewinnen. Es entsprach dies den damaligen Verhältnissen. Die Verwirklichung sozialistischer Ziele lag damals noch gar nicht im Bereich der Möglichkeiten. Das Produktionsproblem, von dessen Lösung das Schicksal der Arbeiterklasse in hohem Grade mitbestimmt wird, konnte seinerzeit gar keine Rolle spielen. Hätten damals schon der Fabrikarbeiter wie der Ingenieur und der Kaufmann klar erkannt, welche Rolle sie im Wirtschaftsleben spielen, so könnte schon heute der Arbeiterbewegung ein zahlreicher Stab von Wirtschaftstechnikern zur Seite stehen, mit deren Hilfe sich die Betriebsräte einen größeren Einfluß auf die Wirtschaft verschaffen könnten. Stand doch bisher die Arbeiterschaft vor den Toren der Fabriken, das heißt in dem Augenblick, wo sie durch das Fabriktor ging, hörte sie auf, „Arbeiterschaft" zu sein. War sie durch die Eingangskontrolle hindurch, war sie aufgelöst in einzelne, jeder nur noch eine Kontrollnummer. Soviel Arbeiter im Betrieb beschäftigt waren, soviel Arbeitsverträge liefen zwischen dem Unternehmer und „seinen" Arbeitern. Durch das Betriebsrätegesetz aber ist die Arbeiterschaft eines Betriebes zu einer Gesamtheit verbunden. Durch ihre Vertretung hat sie einen gesetzlich festgelegten Anspruch auf Mitwirkung bei allen Angelegenheiten des Betriebes. In dieser Mitwirkung liegt die geschichtliche Bedeutung des Betriebsrates.

Die Besetzung der Betriebe mit Maschinengewehren, wie es in der revolutionären Zeit mehrfach geschah, ist der Glaube an das Allheilmittel des Rätesystems. Ein wirksameres Mittel gegen die Betriebsführung stellt der § 70 des Betriebsrätegesetzes dar. Dieser Paragraph ist ein Schritt vorwärts auf dem Wege zur Umgestaltung der Wirtschaft, zur Beherrschung der Produktion durch die Arbeiter.

Die Kämpfe und die Opfer um das Betriebsrätegesetz sind jetzt beinahe vergessen. Doch waren diese Kämpfe für die Entwicklung nicht nur Deutschlands, sondern der industriellen und handelnden Welt überhaupt von gewaltiger Bedeutung. Dieser Paragraph verlangt, daß die Unternehmungen, für die ein Aufsichtsrat besteht, die Arbeiterschaft daran durch ihre Betriebsvertretung vertreten ist. Nur wenige wissen, daß die Stunde, wo die Entsendung von Arbeitern in den Aufsichtsrat der großen kapitalistischen Gesellschaften endgültig festgesetzt wurde, umwälzende Kräfte geweckt hat. Gegen Putsche gibt es Schupo und Reichswehr, gegen das gesetzlich festgelegte Eindringen der Arbeiterklasse in die Wirtschaft hilft weder Polizei noch Soldaten.

Wir wollen keiner falschen Hoffnungsfreude verfallen. Daß aber durch das Eindringen des Handarbeiters in das Heiligtum des Aufsichtsrates ein Hebel zur Umgestaltung der Wirtschaft, zur Neuverteilung der Erträgnisse eingesetzt ist, daran läßt sich nicht zweifeln. Wenn die Arbeiterschaft nur wahrzunehmen weiß, was sich ihr hier bietet, wird sich mehr als bisher zeigen, daß Wissen Macht ist. Es ist eine Pflicht, dem Proletariat zu gestehen, daß die kapitalistische Wirtschaft noch Dauer haben wird und daß der Sozialismus nicht von heute auf morgen kommen kann. Es wird mit ihm indessen um so schneller gehen, je mehr die Betriebsräte ihre Pflichten erfüllen und je mehr die in den Aufsichtsrat entsandten Arbeitervertreter ihre Gelegenheit wahrnehmen. Im Aufsichtsrat wird von den großen Vorgängen im Wirtschaftsleben gehandelt, hier werden die endgültigen Beschlüsse über das Unternehmen und seine Tätigkeit gefaßt, hier kann zum Nutzen der Belegschaft in Sachen der Ertrag- und Gewinnverteilung wesentlich mitbestimmt werden.

Das Unternehmertum hat diese gefährlichen Möglichkeiten abwehren zu können gehofft, hat nach Mitteln gesucht, die Arbeiter zu übertölpeln. Den bedrohten Aufsichtsrat wollten die Herren durch andere Organe ersetzen. Die Arbeiter, wenn sie schon nicht draußen zu halten wären, sollten sich nur um die Angelegenheiten und Forderungen der Arbeiter kümmern dürfen. Es sollten Aufsichtsräte erster und zweiter Klasse gebildet werden. Der Edle v. Braun, der die deutschnationale Opposition führte, bemühte sich noch im letzten Augenblick, die Revolutionierung der Aufsichtsräte zu stören. Es ist ihm mißlungen. Der Professor Franke, der Herausgeber der Sozialen Praxis, der das Gesetz kraftvoll forderte, schob den Einwand, daß die Arbeiter im Aufsichtsrat nicht sachkundig seien, mit einer Handbewegung beiseite: die Fürsten, Prinzen und Admirale und so verschiedene andere mehr, die im Drücken der Kuhjessel sachkundig seien, besäßen wohl besondere Sachkenntnis?

Es ist ein Beweis für die Erfolge der Arbeiterschaft, daß sie in den Aufsichtsrat just zu einer Zeit eindringt, wo sich eine Erneuerung der deutschen Wirtschaft vollzieht. Nur eine gemeinnützige Wirtschaft kann uns retten. Das Gemeinwohl muß Maßstab der Produktion sein. Durch den Einzug der Arbeiter als geschlossenes Ganze in den Betrieb ist der Kapitalismus bedroht. Vielerlei wird die Arbeiterschaft noch zu lernen haben, bevor sie die ihr nun gewordenen Rechte in Macht umsetzen kann. Enttäuschungen und Hemmungen werden nicht ausbleiben. Für die Umsetzung des Rechtes in Macht ist es sehr erwünscht, daß die politische Arbeiterpresse, die in der Vergangenheit fast nur auf reine Politik eingestellt war, mehr der Unterrichtung in Wirtschaft und Handel dient, damit die kapitalistische Wirtschaft ihrer täuschenden Hülle mehr entkleidet und die Arbeiter die treibenden Kräfte der Warenerzeugung und -Verteilung klarer erkennen und sachkundiger erörtern können. Freilich ist diese Aufklärungsarbeit auch jedem einzelnen Arbeiter gestellt, sei es durch den Besuch von Kursen, sei es durch Lesen seiner Presse.

Die Arbeiterschaft kann nur dann in ihrem Streben zur Erlangung des Anteils an der Produktion und ihrem Ertrag von Erfolg begleitet sein, wenn sie einen Stab von Mitarbeitern findet, der den großen Aufgaben gewachsen ist. Es ist leicht, durch eine von innerer Begeisterung getragene Propagandarede Menschenmassen zu entflammen und der Bewegung zuzuführen. Viel schwerer aber ist es, am Verhandlungstisch oder im Betriebsrätezimmer mit dem Unternehmer oder seinen Vertretern um wirtschaftliche Tatsachen und um Erfolge für die Arbeiterschaft zu ringen.

Vom englischen Kriegsschauplatz

Wie während eines Krieges, so ist auch jetzt bei dem Kampf im englischen Bergbau die Lage im „Hinterland" sehr wichtig. In dieser Beziehung kann gesagt werden, daß sie für die Gegner der Bergleute geradezu katastrophal ist. Aus allen Teilen Großbritanniens treffen Berichte ein über stillgelegte Schiffswerften, außer Betrieb gesetzte Hochöfen und Fabriken. Der Daily Herald gibt in einer allgemeinen Übersicht Zahlen, die für sich selbst sprechen: So waren in West-Schottland zu Beginn der Aussperrung 85 Hochöfen in Betrieb, heute kein einziger. Die schottische Eisen- und Stahlindustrie liegt seit 5 Monaten still. Die verloren gegangenen Lohnsummen und die Verluste auf Grund von Aufträgen sind nicht zu errechnen. In den Industrien in Middlesborough, wo sonst 25 000 Mann beschäftigt sind, arbeiten heute bloß 5000 Mann. Von 13 Eisenwerken sind nur die einer einzigen Firma in Betrieb. Laut Mitteilungen von Arthur Pugh, dem Generalsekretär des Stahlarbeiterverbandes, arbeiten von 470 Hochöfen der Metallindustrie nur noch 5. Die Börse meldet eine scharfe Baisse für englische Industriepapiere.

Auch das Ausland gehört in diesem Streit zum „Hinterland": In Frankreich werden verschiedene Hochöfen zur Stillegung gezwungen sein. Die Kohlenknappheit hat sich derartig verschärft, daß in einzelnen Bezirken bereits keine ausreichende Belieferung der Industrie mehr erfolgen kann. In der Schiffahrt herrscht bereits in verschiedenen Häfen Stillstand. Sogar in Deutschland melden sich Stimmen zugunsten eines Kohlenausfuhrverbotes. In Belgien ist die Lage auf dem Brennstoffmarkt beängstigend geworden. Nicht allein die Schwerindustrie, auch Privat- und Staatsbetriebe beginnen unter Kohlenmangel zu leiden. In Österreich hat der Fohnsdorfer Kohlenbergbau aus Italien so große Lieferungsaufträge erhalten, daß er in die Lage gekommen ist, die Feierschichten zu beseitigen.

Was das Ausland anbetrifft, so handelt es sich nun noch darum, auch in bezug auf die Arbeiter gute Nachrichten bringen und darüber berichten zu können, daß die Geldsammlungen ihren Fortlauf nehmen. Dem guten Beispiel Österreichs, Hollands usw. folgend, hat die Leitung des deutschen Gewerkschaftsbundes der Tschechoslowakei beschlossen, zur Ergänzung der bisherigen Leistungen, die direkt von den Verbänden erfolgten, eine allgemeine Sammlung durchzuführen.

In England wird die Frage der Erhebung einer Kopfsteuer am 3. November von der Landeszentrale der Gewerkschaften besprochen werden. A. Pugh sagte in einem Brief an die Times: „Wenn die Bergwerksbesitzer und die Regierung auf die Kapitulation der Bergleute infolge Erschöpfung gerechnet haben, so haben sie sich getäuscht." Das gleiche soll für die Leute gelten, die hoffen, die Unterstützungstätigkeit werde nachlassen. Deshalb sammelt für die britischen Bergarbeiter!

Auskömmlichen Arbeitslohn

Die englische Unabhängige Arbeiterpartei hatte für den Kongreß der Arbeiterpartei in Margate einen Antrag eingereicht, die Forderung nach einem auskömmlichen Arbeitslohn sich zu eigen zu machen. Im New Leader, dem Wochenblatt der Unabhängigen Arbeiterpartei, sprachen sich verschiedene Persönlichkeiten über die Tunlichkeit der Forderung aus. Darunter auch Bernhard Shaw. Er sagte dazu im wesentlichen:

„In der Regel ist es um so besser, je billiger die Waren sind. Es gibt aber Ausnahmen. Billige Arbeit, billiger Alkohol und billiges Kokain sind öffentlicher Skandal. Es ist zu wünschen, daß diese Waren so teuer und so schwer zu erstehen wären, wie nur möglich, bis zu dem Tage, wo sie überhaupt nicht käuflich zu erwerben sind. Bis zu diesem Zeitpunkt, solange wir nicht den Sozialismus haben, müssen wir den Kapitalismus tätig sein lassen. Bis dahin muß das Proletariat vom Verkauf seiner Arbeit als einer marktgängigen Ware leben, und der Kampf geht darum, daß die Besitzerklasse und ihre Gefolgschaft die Arbeit so billig als möglich kaufen, das Proletariat sie aber so teuer als möglich verkaufen möchte. Würde der Preis der Marktentwicklung überlassen, so müßte er unter den Lebensmindestsatz sinken, deshalb müssen die in der Arbeiterpartei organisierten Proletarier die gesetzliche Regelung der Lohnfrage fordern. Wir auf der Seite der Arbeiter können den Kapitalismus deshalb nicht richtig einschätzen, weil wir vergessen, welche Verpflichtungen er übernahm, als er anstelle der alten Wirtschaftsordnung eingesetzt wurde. Er wurde nicht eingesetzt wegen seiner schönen Augen: er entstand in einer Zeit, als die technische Revolution der Industrie und der riesige Bevölkerungszuwachs den nicht genug leistungsfähigen feudalen Adel und die zünftigen Handwerker bereits unmöglich gemacht hat. Er übernahm die Verpflichtung, den neu entstandenen Proletariermassen auskömmliche Löhne zu sichern und gleichzeitig vom Nationaleinkommen eines jeden Jahres solche Kapitalerparnisse zu machen, daß diese die entsprechende Ausdehnung der Industrie zu sichern vermögen. Solange wir für unser Dasein an den Kapitalismus gebunden sind, müssen unsere Staatsmänner und politischen Parteien den Kapitalismus bei seinem Wort halten, und wenn er versagt, so muß man mit den starken Waffen des Staates einschreiten und tun, was er ungetan gelassen hat, ebenso wie die nötigen Gesundheitsmaßnahmen von der Behörde durchgeführt werden. So haben wir zwei Aufgaben: Wir müssen den Kapitalismus durch die Gesetzgebung zur Einhaltung seiner Verpflichtungen zwingen, gleichzeitig müssen wir aber trachten, ihn durch aufbauenden Sozialismus zu ersetzen. Wir müssen diese beiden Aufgaben scharf trennen, um bei unserer Arbeit nicht verwirrt zu werden."

•

Klempnerlöhne in Australien

Die letzten aus Australien angekommenen Gewerkschaftszeitungen enthalten verschiedene bemerkenswerte Nachrichten über die Lage der dortigen Arbeiter. In dem Labor Call (vom 23. September) von Melbourne finden wir einen längeren Bericht über die Arbeitsbedingungen der Klempner, woraus wir die Lohnangaben wiedergeben: Das Lohnamt hat die Wochenlohnsätze der Klempner, die Muster ausschneiden und verarbeiten, von 5 Pfund 6½ Schilling auf 5 Pfund 16 Schilling (etwa 116 M) erhöht. Das ist ein Mehr von 4 Schilling (4 M) den Tag über den Grundlohn, der auf 4 Pfund 12 Schilling die Woche festgesetzt ist. Der Wochenlohn der andern Gruppen, wie Hufschmiede, Blecharbeiter und Reparateure wurde von 5 Pfund 2½ Schilling auf 5 Pfund 7½ Schilling (= 107,50 M) erhöht. Die Maschinenarbeiter erhalten jetzt 5 Pfund 3 Schilling, die Azetylenschweißer 5 Pfund 16 Schilling (= 116 M). Dann heißt es in dem Bericht der Versammlung, wo die neuen Lohnsätze bekanntgegeben wurden: „Es wurde berichtet, daß zwei Arbeiterinnen ihre Finger verletzt haben bei der Arbeit an einer Maschine in der Fabrik, wo sie beschäftigt sind. Diese Verletzungen zeigen die Notwendigkeit, ein Gesetz zu schaffen, das die Frauenarbeit an gefährlichen Maschinen wie maschinell betriebenen Stanzen unterbindet. Eine solche Maschine ist eine sehr gefährliche, da eine ganze Anzahl von Frauen und Mädchen ein Fingerglied verloren haben, ja in verschiedenen Fällen sogar zwei oder drei Finger infolge der Verletzungen. Der Gruppensekretär berichtet, daß in den meisten Fällen diese Mädchen unter 21 Jahren alt sind, und von den Mitgliedern der Gewerkschaft wird die Zeit für gekommen erachtet, daß das Arbeitsministerium unverzüglich Schritte unternimmt, Frauen die Beschäftigung an Pressen zu verbieten. In Anbetracht der Gefahren, die durch die Bedienung solcher Maschinen vorhanden sind, hält man es für nötig, daß das Ministerium sofort Maßnahmen trifft, daß Frauen und Mädchen die Maschinenpressen nicht mehr benutzen ..."

•

Gemeucheltes Gesetz

Die tschechoslowakische Republik brüstet sich, als eine der ersten das Washingtoner Abkommen anerkannt zu haben. Es ist ein Gesetz geschaffen, das den Achtstundentag festlegt und nur in Ausnahmefällen eine Überschreitung zuläßt.

Die Praxis bringt jetzt eine planmäßige Umgehung des Gesetzes. Es kann gesagt werden, daß die Einhaltung des Achtstundentages der Ausnahmefall geworden ist. Die Behörden haben im Jahre 1925 für 4203 Betriebe mit nahezu einer Million Beschäftigter die Bewilligung zur Überstundenschreiberei gegeben. Es sind nach behördlichen Angaben 14 500 000 Überstunden gemacht worden. Das sind aber nicht alle, denn die Überstunden bei den Bergämtern und in der Landwirtschaft sind nicht mitgezählt. Durch diese Überstunden ist 6050 Arbeitern die Arbeitsgelegenheit für ein ganzes Jahr genommen. Der Anteil der Metallindustrie an den Überstunden ist am höchsten. In der Metallindustrie hat jeder, der zu Überstundenarbeit herangezogen war, 142 Stunden im Jahr länger gearbeitet, als das Gesetz überhaupt zuläßt.

Die tschechischen Gewerkschaften bemühen sich, die Überstundenmacherei einzuschränken. In diesem Jahr ist es einigermaßen gelungen, das Übel etwas einzuschränken, dabei machen sie die traurige Beobachtung, daß in den ehemals sehr radikalen Bezirken am meisten Überstunden gemacht werden und die Aufklärungsarbeit der Gewerkschaften am wenigsten fruchtet. Es zeigt sich wieder, daß das beste Gesetz nur dann Wert besitzt, wenn starke Organisationen für die Befolgung sorgen. Und es zeigt sich als notwendig, daß nicht nur von den Behörden Einhaltung verlangt wird, sondern unter den Arbeitern mit der gleichen Kraft gearbeitet werden muß.

Die Überstunden in der Tschechoslowakei sind zugleich ein Beweis von der Scheinkonjunktur, die durch die Inflation hervorgerufen ist. Die Warenausfuhr hat einen großen Umfang angenommen, da die hochvalutarischen Länder die Industrie und das Land auskaufen, um dieses auszugleichen, wird Tag und Nacht geschuftet und doch verarmt das Volk dabei. In den anderen Ländern herrscht dafür die größte Arbeitslosigkeit. Es ist hohe Zeit, daß der internationale Geldmarkt ins Gleichgewicht kommt, damit solche Erscheinungen, wie die Überstundenmacherei, verschwinden.

Des Proletariers Anteil am Vaterland

In der Zeitung „Heimat und Reich" schildert jemand folgendes Erlebnis: „Als ich kürzlich meinen Garten veränderte, bot ich einige schöne Blumenpflanzen, die nun überflüssig wurden, einem treuen Menschen an, der mir dabei half. Dankend lehnte er ab, da er kein Stückchen Garten besitze, noch Aussicht habe, je eines sein eigen zu nennen. Nur einen Rosenstrauch erbat er sich für Mutters Grab. Ja, das Grab der Lieben und später das eigene Grab sind der einzige Anteil am deutschen Boden, auf den unser modernes Industrieproletariat unter den heutigen Verhältnissen rechnen kann. Wann wird eine großzügige Förderung der halbländlichen Siedlung auch dem modernen Industrieproletariat wieder die Möglichkeit geben, wenigstens einen kleinen Anteil am deutschen Boden zu erringen?"

Der ganze Anteil der Proletarier am Heimatboden ist die Grabstätte. Als ihnen von den mordspatriotischen Lügenbeuteln vorgeschwindelt wurde, das Vaterland werde von habsüchtigen Feinden bedroht, schulterten sie die Flinte. Die dummen Proleten verteidigten nichts als ihre Grabstätte. Der Größte der Dummheit entsprossen der Lohn: Bettelpfennige für die zerschossenen Glieder, kümmerliche Bezahlung für schwere Fron und Erwerbslosigkeit, zu allem noch Hohn und Verleumdung. Wann werden die Proleten endlich gescheit werden und denen allein die Verteidigung des Vaterlandes überlassen, die es allein besitzen?

---

ständlich machen können. Es wäre zu beklagen, wenn diese sprachlichen Mängel die Wirkung des Buches beeinträchtigten.

Das zweite Kapitel ist zwar für den deutschen Arbeiter nicht ganz so tagwichtig als das erste, aber nicht weniger fesselnd, weil hier von der Stellung und dem Aufstieg der Einwanderer, von dem Verhältnis zwischen Arbeiter und Vorgesetzten in der Werkstatt, der Bezahlung und dem Lebensstand der untern Schichten gesprochen wird. Es ist zu begrüßen, daß der Verfasser, Kollege Furtwängler, dem Bilde, das man sich gemeinhin von der Lage der amerikanischen Arbeiterschaft macht, seine schweren Schattenseiten beifügt, daß er darlegt, daß es neben den hochbezahlten Leuten auch Millionen Parias gibt, die mit Frau und Kindern auf die Suche nach Brot gehen müssen, um Leib und Seele beisammenhalten zu können. Ja, es will einem scheinen, daß es in der proletarischen Unterwelt Nordamerikas noch um etliche Striche trüber aussähe, als es hier geschildert wird.

Im dritten Abschnitt gibt Kollege Fritz Tarnow ein ziemlich abgerundetes Bild von der Gewerkschaftsbewegung Nordamerikas. Zwar ist über diese Sache schon oft geschrieben worden, aber seitdem hat die Menschheit den Weltkrieg mit seinen schweren Erschütterungen und wirtschaftlichen Umwälzungen erlebt, so daß eine abermalige Betrachtung wohl zupaß kommt. Nach dem, was der Vorsitzende des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes von der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung, von ihrer Zahl, politischem Geist und allproletarischem Gemeinschaftsgefühl berichtet, scheint ihr ein erkleckliches Beharrungsvermögen eigen zu sein. Allein, ganz so, wie es der Vergleich der Schilderungen von einst und heute annehmen läßt, ist die Beharrung doch nicht, wie ja schon die Schaffung von Arbeiterbanken — wovon im letzten Teil des Buches von B. Meyer gesprochen wird —, die Betätigung nach industrieller Demokratie, die Teilnahme starker Verbände an dem Aktionsausschuß für politischen Fortschritt bei der letzten Präsidentenwahl und neuerdings die Eröffnung einer landweiten Bewegung für Erringung der 40stündigen Arbeitswoche bezeugen. Und wer ein geborener Gewerkschafter wird noch mehr Beweise gegeben haben von seinen Besuchern bei erneuter Gelegenheit aufzuzählen wissen, daß der klassenbewußte Gewerkschafter diese Beweise für vollgültig hält, ist freilich eine andere Frage. Kollege Tarnow meint, daß auch die nordamerikanische Gewerkschaftsbewegung ernsten Problemen gegenüberstehe, was zur Änderung des ganzen Organisationssystems, der beruflichen Einschachtelung, der Gleichgültigkeit gegenüber Ungelernten oder Berufsfremden und noch mancher andern tradeunionistischer Seltsamkeit zwingen werde. Dergleichen ist schon seit Jahrzehnten gemeint oder gehofft worden. Mit welchem Erfolg, läßt sich in Tarnows Darlegung nachlesen.

In der Bestrebung der europäischen Gewerkschaften nach Verbesserung der Arbeiterlage spielt Nordamerika seit Jahren eine bedeutsame Rolle. Seine wirtschaftlichen, industriellen und sozialen Zustände, besonders aber die Haltung seines Unternehmertums werden vielfach als Vorbild gepriesen. Das ist an sich ganz richtig und nützlich, doch kommen dabei, wie ganz natürlich, die Schattenseiten Nordamerikas zu kurz, so daß seine Zustände günstiger scheinen, als sie tatsächlich sind. Damit ist jedoch nicht der europäischen Arbeiterschaft, noch viel weniger der amerikanischen gedient. Der Entleuteigkeit wird vorgebeugt, indem die deutschen Gewerkschaftsführer in ihrer Beschreibung des Dollarlandes auch die dunklen Farben nicht vergessen; daß sie an vielen Beispielen darlegen, daß in Sachen der Vereinheitlichung und Verbilligung der Warenerzeugung, der Behandlung und Entlohnung der Arbeiter, der gerichtlichen Unparteilichkeit und politischen Gleichberechtigung, als auch in der gewerkschaftlichen Aufklärung und Organisierung im Lande Fords noch viel, sehr viel zu tun bleibt; daß drüben die Arbeiterschaft als Ganzes genommen, zwar bedeutend besser belohnt wird als hüben, sie jedoch, gemessen an der Höhe der von ihr geschaffenen Werte und dem Nationalvermögen, nicht weniger ausgebeutet wird, als ihre Leidensgenossen in Europa. Kurz, durch das Buch wird das im Tagesstreit vergünstigte Bild von Nordamerika wieder richtig, lebenswahr gemacht. Wenn Graham Brooks seine Sammlung der Urteile fremder Beobachter über Nordamerika erweitert, dürfte die „Amerikareise deutscher Gewerkschaftsführer" in der Gruppe der höheren Kritiken Platz finden.

Fritz Kummer.

Änderungen der Wochenhilfe

Mit Wirkung vom 1. September ds. Js. treten in der Wochenhilfe folgende Änderungen ein:

Für Versicherte: Sie erhalten bei der Entbindung oder bei Schwangerschaftsbeschwerden Hebammenhilfe, Arznei und kleinere Heilmittel sowie, falls es erforderlich wird, ärztliche Behandlung, einen einmaligen Beitrag zu den sonstigen Kosten der Entbindung und bei Schwangerschaftsbeschwerden in Höhe von 10 M. Findet eine Entbindung nicht statt, so sind als Beitrag zu den Kosten bei Schwangerschaftsbeschwerden 6 M zu zahlen. Ferner ein Wochengeld in Höhe des Krankengeldes, jedoch mindestens 50 ₰ täglich für vier vor und sechs unmittelbar nach der Niederkunft zusammenhängende Wochen. Solange sie ihre Neugeborenen stillen, ein Stillgeld in Höhe des halben Krankengeldes, jedoch mindstens 25 ₰ täglich bis zum Ablauf der 12. Woche nach der Niederkunft. Der Vorstand kann einen Höchstbetrag für das tägliche Stillgeld festsetzen.

Die Dauer des Wochengeldbezugs vor der Entbindung wird auf zwei weitere (also insgesamt sechs) Wochen erstreckt, wenn die Schwangere während dieser Zeit keine Beschäftigung gegen Entgelt ausführt und vom Arzt festgestellt wird, daß die Entbindung voraussichtlich innerhalb 6 Wochen stattfinden wird. Irrt sich der Arzt bei der Berechnung des Zeitpunkts der Entbindung, so hat die Schwangere dennoch Anspruch auf das Wochengeld von dem in dem ärztlichen Zeugnis angenommenen Zeitpunkt bis zur Entbindung. Das Wochengeld für die Zeit vor der Entbindung wird jeweils sofort, nicht erst mit dem Tage der Entbindung fällig. (Der Betrag kann also bei Vorlage des ärztlichen Zeugnisses gleich abgehoben werden.) Neben dem Wochengelde für die Zeit nach der Entbindung wird kein Krankengeld gewährt. Für die Zeit nach der Entbindung, in der die Wöchnerin gegen Entgelt arbeitet, wird nur das halbe Wochengeld gezahlt.

Stirbt eine Wöchnerin bei der Entbindung oder während der Zeit der Unterstützungsberechtigung, so werden die noch verbleibenden Beträge an Wochen- und Stillgeld bis zum satzungsmäßigen Ende der Bezugszeit an denjenigen gezahlt, der für den Unterhalt des Kindes sorgt. Findet die Entbindung ohne Zustimmung der Kasse in einem Wöchnerinnenheime statt und wird die von der Kasse gebotene Hebammenhilfe nicht in Anspruch genommen, so erhält die Wöchnerin an Stelle der Hebammenhilfe den nach § 376 a Abs. 1 der RVO festgesetzten Betrag. (Das ist der Betrag, den die Kasse unmittelbar an die Hebammen zu zahlen hat.)

Familienwochenhilfe. Es erhalten die Ehefrauen sowie die Töchter, Stief- und Pflegetöchter der Versicherten, welche mit diesen in häuslicher Gemeinschaft leben, die gleichen Leistungen wie die Versicherten. Dabei beträgt das Wochengeld 50 ₰ und das Stillgeld 25 ₰ täglich für die gleiche Zeitdauer. Die Familienwochenhilfe ist auch zu gewähren, wenn die Niederkunft innerhalb 9 Monaten nach dem Tode des Versicherten erfolgt. Bei Töchtern, Stief- und Pflegetöchtern ist Voraussetzung, daß sie mit dem Versicherten bis zu seinem Tode in häuslicher Gemeinschaft gelebt haben.

Voraussetzung für die Inanspruchnahme der Familienwochenhilfe ist außer dem Erfordernis der häuslichen Gemeinschaft mit dem Versicherten bis zu seinem Ableben, daß die Berechtigten 1.) ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Inlande haben, 2.) ihnen ein Anspruch auf Grund eigener Versicherung nicht zusteht, 3.) die Versicherten (der Gatte oder Vater) in den letzten zwei Jahren vor der Niederkunft mindestens zehn Monate, im letzten Jahre aber mindestens sechs Monate auf Grund der RV oder der AVV gegen Krankheit versichert gewesen sind.

Die Gebühren der Hebammen sind ihnen in Zukunft unmittelbar von den Krankenkassen zu zahlen. In diesen Gebühren sind alle Verrichtungen und Aufwendungen der Hebammen berücksichtigt, sie sind also nicht berechtigt, weitergehende Ansprüche an die Wöchnerinnen zu stellen.

Vorstehend aufgeführte Leistungen sind Pflichtleistungen der Krankenkassen. An Mehrleistungen kann die Satzung der Kasse zubilligen: Entbindungskostenbeitrag bis 25 M; Dauer des Wochengeldbezugs von 10 auf 13 Wochen; Dauer des Stillgeldbezugs von 13 auf 26 Wochen.

Eine „Niederkunft" im Sinne des Gesetzes liegt auch dann vor, wenn das Kind einige Wochen vor der Geburt bereits abgestorben war, sofern das Absterben erst nach Ablauf der 27. Schwangerschaftswoche erfolgte. (Entscheidung des RVA vom 27. April 1926.) Für die Zeit vor der Entbindung kann Krankengeld und Wochengeld (für Versicherte) nebeneinander gezahlt werden. Das Stillgeld, das eine Wöchnerin auf Grund der gesetzlichen Vorschriften über Wochenhilfe erhält, ist bei Gewährung der Erwerbslosenfürsorge für die Beurteilung der Bedürftigkeit außer Betracht zu lassen. (§ 7 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge von 16. Februar 1924.) ⚒

Lohnbewegung im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau

Schon in der Vorkriegszeit waren die Löhne der Arbeiter im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau sehr gering. Die Bergwerksherren verstanden es ausgezeichnet, jede freiheitliche Regung ihrer Leute zu ersticken. Deshalb war eine gewerkschaftliche Beeinflussung auf die Gestaltung der damaligen Lohn- und Arbeitsverhältnisse unmöglich. Auch in der Nachkriegszeit haben diese Unternehmer eine Lohnerhöhung nur zwangsweise zugebilligt, das heißt wenn die Entscheidung des Schlichtungsausschusses sie dazu veranlaßte.

Wie sind nun die Lohnverhältnisse unserer Kollegen im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau? Der höchste Schichtlohnsatz beträgt zurzeit 5,37 M oder die Stunde 53,7 ₰. Obwohl noch Leistungszulagen von 5 bis 20 vH gezahlt werden, müssen solche Löhne angesichts der schweren und schmutzigen, teilweise lebensgefährlichen Arbeit als zu gering bezeichnet werden. Die Unternehmer verweisen oft darauf, daß der Durchschnittslohn im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau die Schicht 5,12 M betrage und somit als ausreichend zu bezeichnen sei. Dies läßt einen fragen, wie derartige Durchschnittszahlen zustande kommen. Nur dadurch, daß das Überstundenwesen und die Sonntagsarbeit zur sündigen Einrichtung geworden ist. Es gibt Betriebe, wo unseren Kollegen monatlich kaum ein freier Sonntag zugestanden wird. Diese Mehrarbeit in die normale Arbeitszeit eingerechnet, ergibt natürlich denn eine Steigerung des Durchschnittsverdienstes. Es ist auch beachtenswert, daß alle Kollegen zum Teil noch stundenlange Wege nach und von der Arbeitsstelle zurücklegen müssen, demnach kann auch von einem wirklichen Familienleben nicht gesprochen werden.

Unter Berücksichtigung alles dessen dürften die Verbesserungsbestrebungen für die Lohn- und Arbeitsverhältnisse begreiflich erscheinen. Es haben deshalb die Gewerkschaftsvertreter auf Veranlassung der Arbeiter eine Erhöhung der Lohnsätze um 10 vH beim Arbeitgeberverband beantragt. Die Aussicht, daß eine Lohnerhöhung zustande komme, war um so begründeter, als in allen übrigen Bergwerksbezirken, wie z. B. im Ruhrrevier, im rheinischen Braunkohlengebiet, in Sachsen, Schlesien usw. in letzter Zeit durch Verhandlungen oder Schiedssprüche eine Verbesserung der Löhne erreicht wurde. Da nun auch die Geschäftslage des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaus als günstig genannt werden kann, wenn man die mächtig gestiegene Bewertung der Braunkohlenaktien an der Börse berücksichtigt, so dürfte man auf ein Entgegenkommen der Braunkohlenherren rechnen. So fanden denn am 21. Oktober zwischen einer Vertretung des Arbeitgeberverbandes und der Gewerkschaften Verhandlungen statt. Die Unternehmervertretung lehnte jede Lohnerhöhung ab mit der Begründung, daß sich der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau — in einer Notlage befinde und eigentlich ein Lohnabbau gerechtfertigt wäre! Alle Bemühungen der Gewerkschaftsvertreter, eine Änderung der Unternehmeransicht herbeizuführen, waren vergeblich. Es wurde auch von Unternehmerseite dabei beispielsweise, daß in der Nachkriegszeit in keinem andern Kohlenbetrieb eine Lohnerhöhung zu verzeichnen wäre, wie im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau. Damit eine nur bestätigt wird, daß in der Vorkriegszeit die Löhne viel zu niedrig waren, die Arbeiter mit Hungerlöhnen abgespeist wurden.

Nun ist aber auch die Rationalisierung energisch durchgeführt. Tausende von Arbeitern sind im mitteldeutschen Braunkohlengebiet überflüssig geworden. Die technischen Verbesserungen haben die Selbstkosten der Produktion ganz erheblich verringert. Es kommt noch hinzu, daß die Kosten für Umänderungen und Neubauten mit aus den laufenden Einnahmen gedeckt wurden. Dann ist noch zu beachten, daß, abgesehen von einzelnen kleinen Betrieben, die man als unrentabel bezeichnet, einige Aktiengesellschaften des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaus eine Dividende von 10 vH an ihre Aktionäre verteilen konnten.

Daß Geld in Fülle vorhanden ist, bezeugen folgende Tatsachen. In allen Bezirken des mitteldeutschen Braunkohlengebietes versucht man die gelben Werkvereine wieder zu gründen, Wanderredner und auch besondere Beamte müssen den Braunkohlenarbeitern die „Zweckmäßigkeit" einer gelben Gewerkschaft in Wort und Schrift klarmachen. Auch die Werbung für nationalistische Verbände wird von verschiedenen leitenden Persönlichkeiten gefördert. Diese so dafür vergeudeten Summen würden schon für einen nennenswerten Teil der Belegschaft eine Lohnerhöhung ermöglichen.

Da für die gerechtfertigte Lohnforderung keine Neigung bei diesen Unternehmern besteht, ist es notwendig, die Öffentlichkeit auf diese Verhältnisse aufmerksam zu machen. Die Gewerkschaftsvertreter haben das Reichsarbeitsministerium ersucht, durch ein Schlichtungsverfahren dem Verlangen der Arbeiterschaft Rechnung zu tragen. Hoffentlich ist bei dieser Amtsstelle die für die Not der Arbeiter erforderliche Einsicht vorhanden. Für die Zukunft muß sich aber die Arbeiterschaft darauf einstellen, die Verbesserung ihrer Lebenslage durch eigene Kraft zu ermöglichen. Die Voraussetzung dafür ist eine geschlossene und schlagkräftige Gewerkschaft. Diese Tatsache müssen unsere Kollegen besonders beachten und dafür sorgen, daß jeder im mitteldeutschen Braunkohlengebiet beschäftigte Metallarbeiter sich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anschließt.

KOLLEGE! Es wird Zeit, daß Du Dir bei Deinem Vertrauensmann einen

Metallarbeiter-, Former- oder Klempner-Kalender

für das Jahr 1927 bestellst!

Das Arbeiterparadies in Hennigsdorf

In Hennigsdorf bei Berlin hat seit einiger Zeit der Linke-Hoffmann-AEG-Konzern ein Stahl- und Walzwerk im Betrieb. Die Gesamtbelegschaft beträgt ungefähr 1200 Personen, wovon 250 im Feinblechwalzwerk beschäftigt sind. Da Walzwerkbetriebe früher in der Groß-Berliner Metallindustrie nicht vertreten waren, fehlte es bei der Errichtung des Betriebes an vorgebildeten Kräften. Die Direktion holte infolgedessen aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet sowie aus Oberschlesien vorgebildete Walzwerkarbeiter heran. Für einen Teil wurde die Möglichkeit geschaffen, sich mit ihren Familien anzusiedeln, während ein erheblicher Teil noch in Baracken eine Art Nomadenleben führt. Die im Walzwerk beschäftigten Personen gehören mit ganz geringen Ausnahmen keiner Organisation an, infolgedessen war es für die Direktion ganz selbstverständlich, daß diese Menschen auf eine menschliche Behandlung und auf die Durchführung menschlicher Arbeitsweise Anspruch zu erheben überhaupt kein Recht hätten.

Die Direktion, die bis Oktober 1925 die Betriebsleitung in Händen hatte, versuchte wenigstens noch einigermaßen ein menschliches Verhältnis zwischen Betriebsleitung und Belegschaft zu erhalten. Die neue Direktion aber ist von solchen Neigungen nicht angekränkelt. Infolge des Fehlens jeden organisatorischen Rückhalts bei der Belegschaft war es für den Betriebsleiter Born ganz selbstverständlich, daß der Vorsitzende des gesetzlichen Betriebsrats im Walzwerk ein Ding ist, das nur zu dem Zweck geschaffen wurde, hinausgeworfen zu werden. Ohrfeigen und andere ähnliche Behandlungsarten gehörten in der letzten Zeit ebenfalls nicht zu den Seltenheiten.

Ein besonderes System hatte sich die Betriebsleitung für die geldlichen Bestrafungen zugelegt. Jede Kleinigkeit, die in den Augen der Betriebsleitung eine Verfehlung darstellte, wurde mit mindestens 2 M bestraft. Auch Geldstrafen bis zu 10 M waren an der Tagesordnung. Solche Strafen jedoch hatten nach Auffassung der Betriebsleitung noch nicht den nötigen erzieherischen Wert. Es wurde folgedessen vor einigen Tagen ein neuer Anschlag verfügt, worin den Vordermännern mitgeteilt wurde, daß Walzenbruch, der dadurch entsteht, daß Walzpakete über 4,2 Millimeter Durchmesser durch die Walzstraße gebracht werden, mit 20 M und 14tägigem Aussetzen bestraft wird. Daß die Betriebsleitung ihr Vorgehen als ein auch von der Belegschaft durchaus gebilligtes betrachten konnte, ist wohl darauf zurückzuführen, daß bis vor wenigen Tagen die Belegschaft sich zu irgend welchen Gegenmaßnahmen überhaupt nicht aufgerafft hat. Die Zahl der an einem Walzwerkgerüst arbeitenden Personen ist von 11 auf 9 schon herabgesetzt worden. Die Sicherung der Rentabilität war nach Auffassung der Betriebsleitung durch diese Steigerung der Ausbeutung noch nicht erreicht. So wurde vor einigen Tagen, ohne mit der Belegschaftsvertretung irgendwie Rücksprache zu nehmen oder sie auch nur in Kenntnis zu setzen, durch einen Anschlag verfügt, daß die Zahl der Personen, die an einem Gerüst zu arbeiten haben, wieder um einen Mann verringert wird.

Das schlug nun endlich dem Faß den Boden aus. Die gesamte Belegschaft beauftragte den Betriebsrat, wegen der Zurücknahme dieser diktatorischen Verfügung mit der Betriebsleitung zu verhandeln. Die Änderung der Verfügung wurde hochmütig und brüsk abgelehnt. Daraufhin hat die Belegschaft des Walzwerks zu dem Verhandlungsergebnis Stellung genommen und gegen drei Stimmen die bedingungslose Einstellung beschlossen.

Wenn die Betriebsleitung aus der Tatsache, daß die Belegschaft nur durch einige organisierte Personen vertreten ist, glaubte schließen zu können, daß in diesem Fall der Deutsche Metallarbeiter-Verband sich der geknechteten Belegschaft nicht annehmen würde, so war das ein grober, wenn auch verständlicher Irrtum. Der DMV hat, soweit es seine statutarischen Voraussetzungen ermöglichen, der um ihre Menschenrechte und Menschenwürde kämpfenden Belegschaft seine volle Unterstützung zugesagt und wird alles tun, um bei der Wiederaufnahme der Arbeit Verhältnisse im Betriebe zur Geltung kommen zu lassen, die den sonst üblichen Verhältnissen in der Berliner Metallindustrie ebenbürtig sind.

Die Belegschaft hat jetzt aber eingesehen, daß das Unorganisiertsein doch sehr erhebliche Nachteile hat, und sie ist fest entschlossen, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband beizutreten.

Um der kämpfenden Belegschaft willen wird ersucht, daß bis zur Beendigung des Kampfes jeder Kollege diesem Arbeiterparadies fern bleibt.

Gedenkfeier in Reugersdorf

Am 23. Oktober 1926 hielt die Verwaltungsstelle Reugersdorf eine Feier für die Mitglieder, die länger als 25 Jahre der Organisation angehören, ab. Der Geschäftsführer Kollege Mühlan hielt die Gedenkrede. Er führte aus, daß es gelte, 42 Kollegen zu ehren, die 25 bis 32 Jahre der Organisation angehören. Das sei für eine Verwaltungsstelle wie Reugersdorf eine erhebliche Zahl. Die Feier solle eher nicht so wie die üblichen gewertet werden, denn sie solle die ehren, die in Zeiten der Unterdrückung der Gewerkschaften den Mut aufbrachten, für die Organisation zu arbeiten.

Die Glückwünsche der Bezirksleitung und des Vorstandes überbrachte der Kollege Moritz Fromm von Dresden. Allen Jubilaren wurde ein Erinnerungsblatt überreicht. Kollege Otto Siegel dankte im Namen der Jubilare und gab dabei Erinnerungen aus seiner Tätigkeit mit zum Besten. Umrahmt wurde die Feier durch Gesangsvorträge des Arbeitergesangvereins.

50 Jahre Verbandsblatt

Der „Bekleidungs-Arbeiter", das Verbandsblatt des Deutschen Bekleidungsarbeiter-Verbandes, kann auf ein 50jähriges Bestehen zurückblicken. Am 4. November 1876 erschien in Gießen die erste Nummer von „Der Fortschritt". Aus diesem Blättchen, das von den Verbandskollegen noch besonders abonniert werden mußte, hat sich das achtunggebietende Fachblatt von heute entwickelt. Das ist nicht immer glatt gegangen, es mußte sich sogar zeitweise den Titel „Zuschneidelehrer" zulegen, damit es um die Klippen des Sozialistengesetzes herum kam. Mußte es auch den Titel wechseln, so hat es doch nie den Geist gewechselt. Es stand immer auf hoher Warte und teilte aus seinem Wissens- und Erfahrungsschatz reichlich aus. Im Kulturkampf ging es voran, waren doch gerade die Schneider in den jungen Jahren der Gewerkschaftsbewegung besonders rührig und die Schneiderbewegung gab der sozialistischen Gesamtbewegung manchen tüchtigen Klassenkämpfer gestellt. Darum unserm Kampfgefährten die besten Wünsche zu seinem Ehrentag.

Dionis Zinner †

Ein Arbeiter, der sich um die internationale Gewerkschaftsbewegung verdient gemacht hat, ist aus dem Leben geschieden. Am 16. Oktober starb in Zürich der Sekretär und Redakteur des Schweizerischen Bekleidungsarbeiter-Verbandes, Zinner, im Alter von 69 Jahren. Die deutsche Schuhmacherbewegung verliert in dem Verstorbenen einen ihrer ältesten Vorkämpfer. Zinner war Österreicher und kam in der Zeit des Sozialistengesetzes nach Deutschland; Gotha wurde seine Heimat. Hier wirkte er für den jungen Schuhmacherverband. Bald erregte er das Mißfallen der Behörden und wurde „lebenslänglich aus dem Herzogtum Gotha" ausgewiesen. Er ging nach der Schweiz und hat dort bis zu seinem Tod für die Bewegung des Proletariats gearbeitet. Im hohen Alter blieb ihm eine bittere Enttäuschung nicht erspart, als der Schweizerische Bekleidungsarbeiter-Verband unter kommunistische Führung geriet, wurde der Alte ohne jede Rücksicht aus den Verbandsdiensten entlassen und so waren seine letzten Lebensjahre bitter schwer.

Zinner hat die „Geschichte der Schuhmacherbewegung" geschrieben. Unserer Metallarbeiter-Zeitung stand er vor dem Kriege als ihr schweizerischer Mitarbeiter besonders nahe. Sein Werk ist es gewesen, uns eine umfassende Darstellung der schweizerischen Arbeiterbewegung gegeben zu haben. So ehren wir den toten Führer, der auch uns gedient hat.

*

Bezüge der Notstandsarbeiter steuerpflichtig. Das Reichsfinanzministerium vertrat bis vor kurzem die Anschauung, daß die Beschäftigung der Erwerbslosen als Notstandsarbeiter kein Arbeitsverhältnis, sondern eine andere Form der Erwerbslosenfürsorge sei. Die Bezüge der Notstandsarbeiter waren nicht als Arbeitslohn im Sinne des Einkommensteuergesetzes zu werten und unterlagen deshalb auch nicht dem Steuerabzug vom Arbeitslohn. Diese Anschauung des Finanzministeriums stützte sich auf die Bestimmungen des Reichsarbeitsministeriums über öffentliche Notstandsarbeiten vom 17. Nov. 1923. Damals gingen die Bezüge der Notstandsarbeiter nur unwesentlich über die Unterstützungssätze hinaus. Die neuen Bestimmungen über öffentliche Notstandsarbeiten vom 30. April 1925 (Reichsgesetzblatt I, Seite 53) haben dem Reichsfinanzministerium Veranlassung gegeben, seinen Standpunkt zu ändern. Weil die Bezüge der Notstandsarbeiter sich den Tariflöhnen anlehnen oder diesen gleichstehen, könne die Steuerfreiheit nicht mehr gerechtfertigt werden. Deshalb sind die Landesfinanzämter durch ein Rundschreiben des Reichsfinanzministeriums angewiesen worden, den Steuerabzug vom Arbeitslohn auch bei den Notstandsarbeitern vorzunehmen. Nach Meinung dieses Ministeriums würde die Freilassung des Lohnes der Notstandsarbeiter nur eine ungerechtfertigte Begünstigung der Notstandsarbeiter gegenüber den übrigen Arbeitern und Angestellten bedeuten. — Falls einmal eine Gruppe von Arbeitern eine gewisse Steuerbegünstigung erhalten hat, findet man dies rasch heraus und ist um eine Abänderung des bestehenden Zustandes bemüht. Es wäre nur zu wünschen, daß demgemäß auch bei den Besitzsteuern verfahren würde. Es ist so überhaupt ein großer Mangel der deutschen Steuergesetzgebung, daß das Einkommen der Arbeiter, Angestellten und Beamten restlos erfaßt wird, während es auf der andern Seite tausenderlei Möglichkeiten gibt, durch die Maschen des Gesetzes zu schlüpfen.

*

Der Normenausschuß der Deutschen Industrie veranstaltet am 6. November im großen Saale des Ingenieurhauses, Berlin NW 7, Friedrich Ebert-Straße 27, seine Jahresversammlung. Auf der Tagesordnung stehen drei Vorträge, die sämtlich die Normung im täglichen Leben behandeln. Es werden sprechen Herr Prof. Gropius, Direktor des Bauhauses in Dessau, über Normung und Wohnungsnot, Frau Dr. Marie Elisabeth Lüders, M. d. R., über Normung und Hauswirtschaft und Herr Prof. Dr. Hoffmann über Normung und Krankenpflege.

Schriftenschau

„Eros im Stacheldraht." Unter diesem Titel hat Hans Otto Hänel in siebzehn Liebes- und Lebensläufen den Krieg in seiner kulturzerstörenden Form gezeigt. Das sittliche Elend, das der Krieg über beide Geschlechter brachte, tritt in den Schilderungen zutage. Das Buch ist im Freidenkerverlag, Leipzig W 33, Kösenerstr. 15, erschienen und kostet kartoniert 2,50 M.

Mitteilungen des Vorstandes

Telegrammadresse: Metallvorstand Stuttgart

Telephon-Nummern: S.-A. 628 41, S.-A. 628 42, S.-A. 639 00

Mit Sonntag dem 7. Nov. ist der 46. Wochenbeitrag für die Zeit vom 7. bis 13. November 1926 fällig.

Für den in Nr. 29 ausgeschriebenen Posten des

Bezirkssekretärs für den Bezirk Stuttgart

wurde der Kollege Hans Brümmer, Mannheim, gewählt. Allen übrigen Bewerbern besten Dank.

Zur Beachtung für die reisenden Mitglieder

Ein statutarisches Recht auf Empfang von Lokalgeschenk besteht nicht. Die Auszahlung von Lokalgeschenk durch die Verwaltungsstellen ist freiwillig und nur soweit möglich, als lokale Mittel vorhanden sind. In allen Verwaltungsstellen, wo im Adressenverzeichnis vermerkt ist: „Lokalgeschenk wird nicht bezahlt," ist das Aufsuchen des Kassiers, weil zwecklos, zu unterlassen.

Gestohlen wurde:

Mitgliedsbuch Nr. 4,893 897, lautend auf den Nieter Otto Frederick, geb. am 7. Juli 1877 zu Jachthaus. (Emden.)

Stuttgart, Rötestraße 16. Der Verbandsvorstand.

Zur Beachtung! Zuzug ist fernzuhalten:

von Diamantarbeitern nach Hanau (Firma Mielschan u. Kraus) D.;
von Elektromonteuren nach dem Unter-Elsaß St.;
von Metallarbeitern aller Branchen nach Neuß (Schiffswerft Düsseldorf-Neuß G. m. b. H.) D.; nach Ratibor L.; nach Reschitza in Rumänien D.;

L = Lohnbewegung; D = Differenzen; v St = Streik in Sicht; St = Streik. M = Maßregelung, Mi = Mißstände. A = Aussperrung.

Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverwaltungen über die Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

Druck und Verlag Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Stuttgart, Rötestraße 16